

Das globale Phänomen der Rekommunalisierung

Zwischen mutierendem Neoliberalismus und der Politisierung öffentlicher Güter

Franziska Christina Paul

Einleitung¹

„Privat über Staat“, so lautete die Maxime der neoliberal orientierten, ökonomischen und politischen Elite der 1980er- und 1990er-Jahre: In den USA unter Reagan, in Chile unter Pinochet, in Großbritannien unter Thatcher und ebenso auch für die Liberalisierungs- und Privatisierungsschübe der Europäischen Union. Mit der Zeit hat sich dieser Leitspruch als fehlerhaft entpuppt, statt Effizienz und Investitionsversprechen haben Privatisierungen in vielen Sektoren zu Qualitätsmängeln und höheren Kosten für NutzerInnen geführt (Prausmüller/Wagner 2014). Obwohl Privatisierungen weiterhin verbreitet sind, gibt es spätestens seit der Finanzkrise im Jahr 2008 wieder wachsendes Interesse am Phänomen der Rekommunalisierung (Becker et al. 2015; Cumbers/Becker 2018). Dieser globale, alternative Trend ist seit Anfang der 2000er-Jahre vermehrt in Städten, Kommunen und Landkreisen zu verzeichnen. Rekommunalisierung bezeichnet die Rückführung vormals privatisierter Aufgaben, Anlagen und Dienstleistungen in die öffentliche Hand. Schon seit Mitte der 2000er-Jahre gibt es vor allem im linkspolitischen, aktivistischen und wissenschaftlichen Umfeld vermehrtes Interesse an dem Thema, wobei sich die existierende Literatur oft auf die Defizite der vorhergehenden Privatisierungen konzentriert, die wiederum Rekommunalisierungsprozesse anstoßen und in den öffentlichen Diskurs bringen (Pigeon et al. 2012). Zudem gibt es viele Fallstudien, die sich Rekommunalisierungsprozessen in verschiedenen Sektoren wie Energie, Wasser und Abfallwirtschaft widmen, als auch verschiedene länderspezifische Auseinandersetzungen diskutieren (z.B. Aldag et al. 2019; Becker et al. 2015; Cumbers 2012; McDonald 2018; Wagner/Berlo 2017).

Rekommunalisierung wird oft, und vor allem von UnterstützerInnen im linkspolitischen Spektrum, mit einer wachsenden pro-öffentlichen Bewegung und Kampagnen für demokratischere Formen öffentlicher Dienstleistungen in Verbindung gebracht (Cumbers/Becker 2018; Kishimoto et al. 2020). Es gibt jedoch auch berechtigte Kritik an einer Überbewertung des transformativen Potentials von Rekommunalisierungsprozessen gegenüber weiterhin institutionalisierten neoliberalen Managementansätzen und marktorientierten Gestaltungsprozessen in kommunalen Verwaltungen (McDonald/Swyngedouw 2019). Dieser Beitrag versucht daher eine kritische Analyse des globalen Trends zur Rekommunalisierung zu bieten, um die weitreichendere Signifikanz von Rekommunalisierungsprozessen – sowohl als systemische Kritik an Privatisierungspolitik als auch ihr Potential für demokratischere Alternativen – zu untersuchen. Der Beitrag greift dafür zentrale Argumente eines aktuellen Beitrags in der Zeitschrift *Antipode* auf (Cumbers/Paul 2022): Darin wird argumentiert, dass Rekommunalisierung als ein Element neoliberaler Mutation verstanden werden sollte. Als solches kann Rekommunalisierung sowohl als Teil neoliberaler Veränderungsprozesse als auch als Ausdruck

ihrer Widersprüche und Manifestation von Alternativen perspektiviert werden. Der vielfältige Charakter von Rekommunalisierung zeigt sich zum Beispiel in einer zunehmenden Politisierung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge. Zudem ist Rekommunalisierung, wie auch Privatisierung, ein uneinheitliches Phänomen, das mit Blick auf seine unterschiedliche politische und ökonomische Entwicklung, sowie räumlich-geographischen Charakteristika untersucht werden muss (Cumbers/Paul 2020; siehe auch: Brenner et al. 2010). Der Beitrag greift auf die Theorien von Antonio Gramsci (1991f.) und Stuart Hall (1988) für eine polit-ökonomische Konjunkturanalyse zurück: Dabei geht es insbesondere darum, das Rekommunalisierungsphänomen in längerfristige Prozesse – wie etwa neoliberale Restrukturierung – einzuordnen, aber gleichzeitig auch auf die Rolle von Rekommunalisierungen in gegenwärtigen politischen Strömungen und alternativen Bewegungen hinzuweisen.

Die Rekommunalisierungsdebatte: Globale Anti-Privatisierungspolitik, wissenschaftliche Reflexion und Gramscis *conjuncture*

Durch die akribische Arbeit von ForscherInnen und AktivistInnen aus der ganzen Welt hat das Transnational Institute (TNI) im Juni 2017 einen wegweisenden Report veröffentlicht, der erstmals 835 weltweite Fälle von (Re)Kommunalisierung seit dem Jahr 2000 dokumentierte (Kishimoto/Petitjean 2017). Der TNI-Report unterscheidet zwischen drei Deprivatisierungsprozessen: der Rekommunalisierung (*remunicipalisation*), der Kommunalisierung (*municipalisation*), bei der eine Dienstleistung oder Infrastruktur auf kommunaler oder regionaler Ebene neu geschaffen wurde, die vorher nicht existierte, sowie der Re-Verstaatlichung (*renationalisation*), wobei der Prozess der Deprivatisierung auf nationalstaatlicher Ebene stattfindet. Ein zweiter Report mit weiteren Fällen und Analyse wurde 2020 veröffentlicht (Kishimoto et al. 2020). Die meisten dokumentierten Fälle sind im Energiesektor anzutreffen, es gibt aber auch viele Fälle in der Wasserver- und -entsorgung und Kommunalverwaltung sowie einige Fälle in den Bereichen Telekommunikation, Abfallwirtschaft, Gesundheitswesen, Transport und Bildung. Die Fälle sind räumlich zwar global verteilt, der Großteil befindet sich allerdings in Europa (siehe auch: Furtner et al. 2019). In Zusammenarbeit mit der Universität Glasgow wurden die Ergebnisse aus dieser vom TNI initiierten Forschung und Berichte (Kishimoto/Petitjean 2017; Kishimoto et al. 2020) in der öffentlich zugänglichen *Public Futures Database* (<https://publicfutures.org>; Transnational Institute 2021) aufgenommen und weiterentwickelt. Durch die weiterlaufende Forschung sind in der Datenbank im Dezember 2021 insgesamt 1556 weltweite und sektorenübergreifende Fälle von Rekommunalisierung (1019), Kommunalisierung (488) und Renationalisierung (49) verzeichnet.

Im englisch-sprachigen Kontext ist der Begriff *remunicipalisation* (Rekommunalisierung) auf die Arbeit unterschiedlicher Gewerkschaften, AktivistIn- und Interessengruppen zurückzuführen. Mit akademischem Hintergrund wurde der englische Begriff im Jahr 2001 erstmals von ForscherInnen der *Public Services International Research Unit* (PSIRU, Forschungsinstitut der Internationale der Öffentlichen Dienste) an der Universität Greenwich verwendet, um die erfolgreiche Rekommunalisierung der Wasserver- und -entsorgung in Grenoble (Frankreich) zu untersuchen und in Anti-Privatisierungsbemühungen einzuordnen (Lobina/Hall 2001). PSIRU forscht auch weiterhin intensiv zum

Thema Rekommunalisierung und öffentliche Daseinsvorsorge (z.B. Hall et al. 2013; Wegmann 2020). Im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff ebenso von linkspolitischen und aktivistischen Organisationen wie der Rosa Luxemburg Stiftung (z.B. Candeias et al. 2008) sowie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung aufgegriffen (Halmer/Hauenschild 2013; Furtner et al. 2019), und wird auch in wissenschaftlichen Umfeld diskutiert (z.B. Engartner 2009; Matecki/Schulten 2013; Prausmüller/Wagner 2014; Wagner/Berlo 2017). Diese Beiträge befassen sich größtenteils mit der empirischen Erhebung und Analyse von Rekommunalisierungsfällen, es gibt aber auch klare Ansätze, das Phänomen in politisch-ökonomische Prozesse einzuordnen und die Rückkehr zur öffentlichen Hand als aktive Anti-Privatisierungspolitik zu diskutieren.

In den letzten Jahren haben sich drei verschiedene Perspektiven in akademischen Rekommunalisierungsdebatten herauskristallisiert. Die *erste* Perspektive beschreibt den Prozess der Rekommunalisierung als pragmatische Pendelwirkung zur Privatisierung (z.B. Warner/Aldag 2019), und weist politische Motive und Eigenschaften des Phänomens, wie beispielsweise eine pro-demokratische und -öffentliche Alternativpolitik größtenteils zurück. Die *zweite* Perspektive hat einen kritischeren Zugang zur Rekommunalisierung und sieht ein gewisses Potential für umfassendere progressive Transformation mit und durch den Prozess. Sie teilt allerdings auch die Zurückhaltung der ersten Perspektive und hinterfragt die oft betriebswirtschaftliche Steuerung rekommunalisierter Dienstleistungen (z.B. McDonalds/Swyngedouw 2019). Die *dritte*, kritisch-linke Perspektive, der auch dieser Beitrag folgt, erkennt die oben beschriebenen Einschränkungen mancher existierender Rekommunalisierungen an (Cumbers/Paul 2020). Sie argumentiert aber, dass Rekommunalisierungsprozesse trotzdem eine wichtige Rolle für eine pro-öffentliche Alternativenpolitik zum neoliberalen Status Quo spielen (Becker et al. 2015; Cumbers/Becker 2018). Dieser und ähnliche Beiträge versuchen daher, konkrete Rekommunalisierungsfälle in ihre räumlich-sozialpolitische Matrix einzubetten und im Lichte ihres Potentials für eine vermehrte Politisierung öffentlicher Güter und eine alternative Politik zur neoliberalen Hegemonie zu verstehen. Rekommunalisierung kann in manchen Fällen also sowohl weiterhin von betriebswirtschaftlich verengten und konservativen Strukturen geprägt sein als auch auf das Potential einer alternativen, pro-öffentlichen politischen Ökonomie verweisen (siehe auch: Featherstone 2013). Um dies theoretisch besser erfassen zu können, zieht dieser Beitrag das Konzept der Konjunkturanalyse nach Gramsci (1991f.) und Hall (1988) heran.

Antonio Gramscis (1991f.) Theorie zur Hegemonie und Politischen Ökonomie unterscheidet zwischen permanenten, „organischen“ Strukturen in sozialen Systemen, wie beispielsweise kapitalistische Klassenverhältnisse, und sogenannten „konjunkturellen“ Elementen. Diese sind „beweglicher“ als organische Strukturen und beschreiben sich ändernde Beziehungen in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen, wie zum Beispiel die Entstehung sozialer Gerechtigkeitsbewegungen, die kapitalistische Klassenverhältnisse in Frage stellen und herausfordern (aber nicht unbedingt abschaffen). Gramsci selbst hat den Begriff der Konjunktur unterschiedlich genutzt, in späteren Ausarbeitungen hat Gramsci damit vor allem eine Verschiebung politischer Momente beschrieben (Opratko 2019; Hall/Massey 2010). Für diesen Beitrag ist der Begriff der Konjunktur („*conjuncture*“) auch vor allem ontologisch hilfreich. Gramscis Nutzung des Begriffs, der durch Stuart Hall (1988) mit Blick auf die historische Relevanz neoliberaler Mutation sinnvoll weiterentwickelt wurde, hilft, das Rekommunali-

sierungsphänomen nicht nur als bloße Momentaufnahme zu verstehen und als solche bewerten zu wollen. Damit wird vielmehr auch die Notwendigkeit verdeutlicht, dieses in weitreichendere Prozesse neoliberaler Mutation sowie politische und ökonomische Verhältnisse einzuordnen. Eine konjunkturelle Analyse nach Gramsci und Hall versucht daher nicht nur zu verstehen in welchem Verhältnis zum Beispiel Rekommunalisierung zu Privatisierung steht, sondern auch, wie das weitere Terrain der politischen Ökonomie durch dieses Verhältnis verändert wird (Cumbers/Paul 2022). Rekommunalisierungen können daher als Reaktion auf das Versagen neoliberaler Privatisierungsversprechen verstanden werden, aber auch als ein wichtiger Moment in der weiteren umfassenden Krise des neoliberalen Herrschafts- und Steuerungssystems. Das Rekommunalisierungsphänomen ist dabei nur *ein* kritisches Moment – andere Momente neoliberaler Krise sind beispielsweise die globale Finanzkrise 2008 oder auch die anhaltende COVID-Pandemie, die zu weiteren, öffentlichen und kritischen Auseinandersetzungen mit der brüchigen neoliberalen Hegemonie führten. Dieser Beitrag betrachtet das Rekommunalisierungsphänomen daher als kritisches Moment einer (neuen) neoliberalen Krise, die unter anderem die Legitimität der Profitmaxime in Frage stellt, und versucht die dadurch entstehenden Möglichkeiten für eine alternative Politik des Öffentlichen hervorzuheben – ohne diese als deterministisch gegeben zu sehen.

Das räumlich vielfältige Terrain des Rekommunalisierungsmoments

Die räumliche Verteilung der Rekommunalisierungsfälle in den Berichten von TNI (Kishimoto/Petitjean 2017; Kishimoto et al. 2020) und der Public Futures Database deutet auf verschiedene markante Entwicklungen hin, die theoretische Reflexion auf die Rolle der Rekommunalisierung im Kontext unterschiedlich entfalteter neoliberaler politischer Ökonomie anstoßen. Obwohl die Public Futures Database die weltweit einzige und umfassendste Quelle für (Re)Kommunalisierungen ist, muss auch darauf hingewiesen werden, dass der Datensatz von der Verfügbarkeit öffentlich zugänglicher Informationen abhängig und somit eingeschränkt ist. Trotz dieser Einschränkung können aber auch klare Trends erkannt werden. Dazu zählt zum Beispiel, dass es eine Welle von Antiprivatisierungsfällen in Süd- und Lateinamerika im Wassersektor gab und dass ein Epizentrum für Rekommunalisierungen im Energiesektor in Deutschland zu verzeichnen ist. Vor diesem Hintergrund wird die konjunkturelle Bedeutung von Rekommunalisierungsprozessen im Kontext neoliberaler Mutation und einer alternativen Politik öffentlicher Güter anhand dieser zwei Fallbeispiele verdeutlicht und in der folgenden Tabelle (Cumbers/Paul 2022) zusammengefasst.

	<i>Argentinien</i>	<i>Deutschland</i>
<i>Empirische Aspekte der Rekommunalisierung</i>	Frühe Mobilisierung gegen Privatisierung im Wassersektor in Kombination mit Renationalisierung in anderen Sektoren	Wichtiges Epizentrum von Rekommunalisierung, größtenteils im Energiesektor; Entstehung neuer öffentlicher Unternehmen und Kooperativen in Verbindung damit
<i>Kontext und Vermächtnisse (neoliberaler) politischer Ökonomie</i>	Der Washington-Konsens verhängte neoliberale ökonomische Reformen unter Menem, vorausgegangen waren sowohl unvollständige Entwicklungsprozesse als auch kapitalistische Modernisierung; koloniale Vermächtnisse, Peronismus und Diktatur	Adaption Europäischer Binnenmarktlogik ab 1992 und sukzessive Aushöhlung des sozialen Europas; westeuropäische „Kapitalismusvariante“
<i>Nationale und lokale konjunkturelle Kräfte</i>	Massenprivatisierung in den frühen 1990er Jahren; Finanzkrise; folgender Linksrutsch; staatlich-orientierter Peronismus unter Kirchnerismus; signifikante Renationalisierungen	Unvollständige neoliberale Reformen inklusive Privatisierungen in den 1990er-Jahren, allerdings auch uneinheitlich verbreitet in einem dezentralisierten politischen System; Energiewende einschließlich neuer politischer Mobilisierung auf lokaler und nationaler Ebene
<i>Sozial-räumliche Politik des Rekommunalisierungsmoments</i>	Stark zentralisierter Staat, eingeschränkte Autonomie der Provinzen, klientelistische Beziehungen in kommunaler Steuerung, starke Gewerkschaften, aber sonst wenig Ausübung ökonomischer Demokratie	Föderales System und starke lokale Autonomie ermöglichen kommunalen Widerstand gegen Privatisierung; überwiegend staatlicher Managerialismus; teils auch verfassungsrechtlich gesicherte Instrumente direkter Demokratie, die basisdemokratische politische Mobilisierung ermöglichen (z.B. Volksentscheid)
<i>Ausmaß demokratischer Teilnahme (Alternativpolitik)</i>	Dominante managerialistische Form der Rekommunalisierung; wenig Transparenz oder BürgerInnenbeziehung, aber signifikante autonome Bewegungen, die Neoliberalismus ablehnen und neue kommunale Bewegungen verbinden (z.B. Rosario)	Neue gemeinwohlorientierte Eigentumsformen und hybride kooperative Modelle vor allem in ländlichen Gebieten; radikalere, demokratische und egalitäre Modelle entstehen auch (z.B. Berlin, Hamburg)

Tabelle 1. Rekommunalisierung zwischen neoliberaler Mutation und demokratischen Alternativen: Am Beispiel von Argentinien und Deutschland. (nach: Cumbers/Paul 2022: 12, eigene Übersetzung)

Fallbeispiel Argentinien

Argentinien hat einige der frühesten Rekommunalisierungsfälle erlebt. Im Wassersektor gab es dort von 2002 bis 2010 mehrere hochrangige Rekommunalisierungsfälle in der Hauptstadt Buenos Aires und in zwei der anderen drei größten Metropolregionen des Landes, Mendoza und Rosario-Santa Fe (Transnational Institute 2021). Das Land hat auch sukzessive Renationalisierungen im Post-, Luftfahrt-, Zug- und Rentensektor erfahren. Diese Deprivatisierungsfälle auf verschiedenen Ebenen waren alle Top-Down-Prozesse, die wenig basisdemokratisches Engagement aufzeigten. Als Momentaufnahme können diese Fälle durchaus als einfache pragmatische Pendelbewegung zur Privatisierung gesehen werden, so wie in der ersten der drei vorherigen Perspektiven zur Re-

kommunalisierung beschrieben. Dies würde allerdings den weiteren sozial-historischen, politischen und ökonomischen Kontext ignorieren: Alle Prozesse, ob auf kommunaler oder nationaler Ebene, geschahen vor dem Hintergrund gescheiterter Privatisierungen vor Ort und darüber hinaus vor dem Hintergrund gebrochener Versprechungen globaler und nationaler neoliberaler Eliten. Argentinien war zu dieser Zeit das Epizentrum des lateinamerikanischen Widerstands gegen neoliberale Ideologie, die ihren Ursprung in den jahrelangen Erfahrungen des Landes als Experimentierfeld für Washington-Konsens-inspirierte ökonomische Modernisierungspolitik fand (inklusive des Aufkaufs von Wasserversorgungsunternehmen durch multinationale Konzerne). Dieser politisch-ökonomisch folgenreiche Versuch endete letztendlich in der argentinischen Finanzkrise 2001. Die breit aufgestellte Opposition zu dieser neoliberalen Politik- und Wirtschaftsführung unter Präsident Menem schloss Graswurzelbewegungen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften sowie Mitglieder der politischen Elite des Landes ein, was eine interessante Neupositionierung der neuen Staatsführung Argentiniens unter den weniger neoliberal geprägten Präsidenten Kirchner und Fernández de Kirchner gegen den globalen neoliberalen Diskurs anstieß.

Rekommunalisierungen und Renationalisierungen in Argentinien waren also keine gezielte Kampfansage linker oder demokratischer Kräfte an den neoliberalen Status Quo, und auch kein direktes politisches Instrument für eine Politisierung öffentlicher Güter – beide Prozesse waren aber nichtsdestotrotz Teil einer kurzzeitigen konjunkturellen Verschiebung des politisch-ökonomischen Terrains. Dieses verschob sich in Argentinien von der neoliberalen Maximen hin zu einer pro-öffentlichen Politik, was eine Gelegenheit für einen umfassenderen gesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Umschwung bot. Das Potential dieses Umschwungs wurde allerdings nicht materialisiert, eine rechts-konservative Regierung unter Präsident Macri konnte 2015 die Wahl für sich entscheiden. Dies zeigt wiederum, dass das Terrain der *conjuncture* umstritten ist und somit fluktuiert, was sowohl als Limitierung als auch als Möglichkeit für eine alternativen Politik verstanden werden muss.

Fallbeispiel Deutschland

Deutschland verzeichnet weltweit die meisten Rekommunalisierungsfälle und ist auch das globale Epizentrum von Rekommunalisierungen im Energiesektor (Transnational Institute 2021). Im Kontrast zu Argentinien sind Rekommunalisierungen in Deutschland oft Bottom-Up-Prozesse, die durch lokale Akteure aus Politik, Verwaltung oder Zivilgesellschaft angestoßen und durchgeführt werden. Weitere Unterschiede zwischen Argentinien und Deutschland sind einerseits der wirtschaftliche Hintergrund – während Argentinien lange als Versuchsobjekt für anglo-amerikanische neoliberale Ideologie galt, ist Deutschland stärker von Ordoliberalismus und sozialer Marktwirtschaft geprägt. Andererseits ist das Konzept der Daseinsvorsorge in Deutschland stark institutionalisiert: Dieses ist im Grundgesetz verankert und die Aufgabe der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ist auf die Kommunen übertragen (siehe auch: Paul/Cumbers 2021). Es zeigt sich also ein von den neoliberalen Paradebeispielen USA und UK differenzierter Neoliberalismus in Deutschland. In diesem sind Privatisierungen zwar auch manifest, aber der rechtliche Rahmen und die existierenden polit-ökonomische Strukturen erleichtern in gewissem Maße eine Umkehrung der Liberalisierungsmaxime, zum Beispiel nach Auslauf von Konzessionsverträgen. Rekommunalisierungen in Deutschland haben unterschiedlichste

Hintergründe: Viele geschehen ohne großes Engagement von AktivistInnen oder Zivilgesellschaft und sind Teil der kommunalen Verwaltungsarbeit und Lokalpolitik. Es gibt aber auch eine steigende Zahl von Rekommunalisierungen, die klar als Ausdruck einer zunehmenden Antiprivatisierungspolitik und einer aktiven Politisierung öffentlicher Güter verstanden werden können. Dies gilt etwa für die einschlägigen Fälle in Hamburg, Berlin und Wolfhagen, die als „Musterbeispiele“ basisdemokratischer Mobilisierung gegen die neoliberale Agenda der Profitmaximierung und für eine bedarfsgerechte öffentliche Alternativpolitik gelten (Cumbers/Becker 2018; Wegmann 2021). In Berlin und Hamburg gab es jeweils breitaufgestellte zivilgesellschaftliche Bündnisse, die neben dem Rekommunalisierungsziel auch soziale, demokratische und ökologische Ansprüche stellten. Die Stadt Wolfhagen ist für ihre frühe, innovative und hybride Eigentumsform ihrer Energieversorgung bekannt. Seit 2010 ist die Wolfhagener Bürgerenergiegenossenschaft dort mit 25% Miteigentümer des 2006 rekommunalisierten Stadtwerks.

Ein weiteres interessantes Element deutscher Rekommunalisierungen ist die Verbindung von Rekommunalisierungen (und anderen neoliberal-kritischen Eigentumsmodellen wie z.B. Kooperativen und Genossenschaften) mit übergeordneten politischen Strategien, wie zum Beispiel der Energiewende – nicht bloß als Schlagwort, sondern als politisches Projekt einer sozio-ökologischen Transformation, das auf die jahrzehntelange Mobilisierung sozialer Bewegungen aufbaut (Paul 2018). Dieses Zusammenspiel verschiedener sozialer, wirtschaftlicher und politischer Prozesse spielt oft auch in „ländlichen“ und weniger bekannten Rekommunalisierungen eine Rolle. So haben beispielsweise über 800 Thüringer Kommunen im Jahr 2013 durch die Gründung des Kommunalen Energiezweckverbands Thüringen (KET) Kommunalkredite aufnehmen können, um den Thüringer Energiekonzern TEAG vom Marktriesen E.ON zurückzukaufen und somit zu rekommunalisieren (Kuschel 2020). Das knapp eine Milliarde Euro teure Geschäft gilt als eines der teuersten Rekommunalisierungsprojekte Deutschlands und war deshalb umstritten – vor dem ordoliberalen und finanzpolitisch-restriktiven Hintergrund deutscher Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise wurde Verschuldung nicht gerne gesehen. Seitdem hat TEAG als kommunaler Regionalversorger allerdings weitaus ambitionierter agiert als unter privater Führung: das Unternehmen ist an Wert gewachsen, Schulden wurden in überdurchschnittlichem Umfang getilgt und neue Investitionen getätigt (Paul/Cumbers 2021). TEAG hat als Unternehmen umgedacht, investiert zum Beispiel in erneuerbare Energien sowie Fernwärme und verknüpft dabei öffentliches Eigentum, regionales Wachstum und eine tatsächlich existierende (sozio-)ökologische Transformationspolitik der Energiewende miteinander. Obwohl TEAG an sich nicht „radikal“ geführt wird, sind nichtsdestotrotz diese lokalen und vielfältigen Momente, die den neoliberalen Status Quo herausfordern, wichtig. Denn damit kann das Terrain der politischen Ökonomie verschoben und neues Potential für eine alternative Politik des Öffentlichen geschaffen werden.

Fazit

Der globale Trend zur Rekommunalisierung von Dienstleistungen und Infrastruktur repräsentiert ein kritisches Moment in einer weiterhin neoliberal geprägten globalen Wirtschaftsordnung. Denn er zeigt praktische Möglichkeiten für Alternativen zum neo-

liberalen Status Quo durch eine Politisierung öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge auf. Ohne das Potenzial einzelner Rekommunalisierungsfälle im Kontext weiterhin wirkmächtiger neoliberaler Strukturen überbewerten zu wollen, ist das globale Phänomen der Rekommunalisierung dennoch ein wichtiger Moment in der gegenwärtigen *conjuncture* und kann als solches sowohl neoliberale Steuerungsstrukturen als auch tieferliegende kapitalistische soziale Verhältnisse herausfordern (Wright 2019). Eine Konjunkturanalyse (Hall 1988; Gramsci 1991f.) erlaubt diese sich verändernden, kritischen Momente neoliberaler Mutation zu erfassen und ihr Potential für alternative sozial-politische Umbrüche zu analysieren. Dieser Beitrag versuchte zu verdeutlichen, wie Rekommunalisierungen aus und durch die räumlich-vielfältigen Gegebenheiten neoliberaler Mutation entstehen. Die Fallbeispiele Argentiniens und Deutschlands machen nachvollziehbar wie Rekommunalisierungen in und durch besondere lokale und historisch-spezifische Konditionen entstehen. Darüber hinaus zeigen sie aber auch, dass das Rekommunalisierungsmoment dynamisch und zukunfts offen ist, und eine progressive, demokratische und pro-öffentliche Alternativpolitik befördern kann.

Blinder Optimismus zum Ende des Neoliberalismus ist weiterhin unangebracht. Auch wenn die neoliberale Hegemonie spätestens seit 2008 viele Verluste verzeichnet hat, ist die globale politische Ökonomie weiterhin stark neoliberal geprägt. Nichtsdestotrotz gibt es Hinweise auf die Möglichkeit zu einer starken alternativen und anti-neoliberalen Politik, die in der Politisierung öffentlicher Güter verankert ist. Rekommunalisierung spielt in der Analyse dieser Alternativpolitik eine wichtige Rolle. Als dynamisches Element neoliberaler Mutation sind Rekommunalisierungen ein vielfältiges Phänomen: Sie können sowohl einen teilweise von markt- oder betriebswirtschaftlichen Akteuren kooptierten Prozess darstellen, der nicht inhärent progressiv ist, als auch praktisch-konkrete Einstiegsprojekte in eine pro-öffentlichen Zukunft sein. Damit ermöglichen sie ein tiefgreifenderes Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und sollten somit von linken und demokratischen Kräften aktiv mitgestaltet werden.

Anmerkung

- 1 Dieser Beitrag wurde im Rahmen des European Research Council grant (789100): „Global Remunicipalisation and the Post-Neoliberal Turn“ unterstützt.

Literatur

- Aldag, Austin M./Kim, Yunyi/Warner, Mildred E. (2019): Austerity urbanism or pragmatic municipalism? Local government responses to fiscal stress in New York State. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 51 (6), 1287–1305.
- Becker, Sören/Beveridge, Ross/Naumann, Matthias (2015): Remunicipalization in German cities: contesting neo-liberalism and reimagining urban governance? In: *Space and Polity* 19, 76–90.
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2010): Variegated neoliberalisation: Geographies, modalities, pathways. In: *Global Networks* 10 (2), 182–222.
- Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (Hg., 2008): *Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Cumbers, Andrew (2012): *Reclaiming Public Ownership: Making Space for Economic Democracy*. London: Zed.
- Cumbers, Andrew/Becker, Sören (2018): Making sense of remunicipalisation: theoretical reflections on and political possibilities from Germany's Rekommunalisierung process. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11, 503–517.

- Cumbers, Andrew/Paul, Franziska (2020): Adapting to the political moment and diverse terrain of 'Actually Existing Municipalisms'. In: *Soundings* 74, 40–53.
- Cumbers, Andrew/Paul, Franziska (2022): Remunicipalisation, Mutating Neoliberalism, and the Conjuncture. In: *Antipode* 54 (1), 197–217.
- Engartner, Tim (2009) Kehrt der Staat zurück? Rekommunalisierungen in den Aufgabenbereichen Entsorgung und Gebäudereinigung. In: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen: ZögU* 32 (4), 339–355.
- Featherstone, David J. (2013): The contested politics of climate change and the crisis of neo-liberalism. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 12 (1), 44–64.
- Furtner, Alexander/Halmer, Susanne/Kaya, Selma/Terzic, Laurentius/Wülbeck, Liam (2019): *Rekommunalisierung in Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Gramsci, Antonio (1991f.): *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument.
- Hall, David/Lobina, Emanuele/Terhorst, Philipp (2013): Re-municipalisation in the early twenty-first century: Water in France and energy in Germany. In: *International Review of Applied Economics* 27 (2), 193–214.
- Hall, Stuart (1988): *The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left*. London, Verso.
- Hall, Stuart/Massey, Doreen (2010): Interpreting the crisis. In: *Soundings* 44, 57–71.
- Halmer, Susanne/Hauenschild, Barbara (2014): *Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Kishimoto, Satoko/Petitjean, Olivier (2017): *Reclaiming Public Services: How Cities and Citizens are Turning Back Privatisation*. Paris/Amsterdam: Transnational Institute.
- Kishimoto, Satoko/Steinfort, Lavinia/Petitjean, Olivier (2020): *The Future is Public: Towards the Democratic Ownership of Public Services*. Amsterdam: Transnational Institute.
- Kuschel, Frank (2020): *Rekommunalisierungen in Thüringen – Chancen und Risiken*. Erfurt: Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V., Die Thüringergestalter.
- Lobina, Emanuele/Hall, David (2001): *Private to Public: International Lessons of Water Remunicipalisation in Grenoble, France*. London: PSIRU.
- Matecki, Claus/Schulten, Thorsten (Hg., 2013): *Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung*. Hamburg: VSA.
- McDonald, David A. (2018): Remunicipalisation: The future of water services? *Geoforum* 91, 47–56.
- McDonald, David A./Swyngedouw, Eric (2019): The new water wars: struggles for remunicipalisation. In: *Water Alternatives* 12 (2), 322–333.
- Paul, Franziska (2018): Deep entanglements: History, space, and (energy) struggle in the German Energiewende. In: *Geoforum* 91, 1–9.
- Paul, Franziska/Cumbers, Andrew (2021): The return of the local state? Failing neoliberalism, remunicipalisation, and the role of the state in advanced capitalism. In: *Environment and Planning A: Economy and Space, (early view)* 1–19. DOI: 10.1177/0308518X211050407
- Pigeon, Martin/McDonald, David A./Hoedeman, Olivier/Kishimoto, Satoko (2012): *Remunicipalisation: Putting Water Back into Public Hands*. Amsterdam: Corporate Europe Observatory/Transnational Institute.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (2014, Hg.): *Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik*. Hamburg: VSA.
- Opratko, Benjamin (2019): *Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Transnational Institute (2021): *Public Futures*. Global database of de-privatised public services. <https://public-futures.org>, 2.10.2021.
- Wagner, Oliver/Berlo, Kurt (2017): Remunicipalisation and foundation of municipal utilities in the German energy sector: details about newly established enterprises. In: *Journal of Sustainable Development of Energy, Water and Environment Systems* 5, 396–407.
- Warner, Mildred E./Aldag, Austin M. (2019): Re-municipalization in the US: a pragmatic response to contracting. In: *Journal of Economic Policy Reforms*, 24 (3), 319–332.
- Weghmann, Vera (2020): *Taking our public services back in house – a remunicipalisation guide for workers and trade unions*. Ferney-Voltaire: Public Services International.
- Weghmann, Vera (2021): *Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Wright, Eric O. (2019): *How to Be an Anti-Capitalist in the 21st Century*. London: Verso.